



Vater Takruri (unter einem Foto seines Sohnes Bassam)

AMIT SHABI / LAFI

PALÄSTINA

Blutgeld für die Söhne

Eine arabische Bank zahlt eine Art Lebensversicherung an die Familien von Selbstmordattentätern aus.

Amerikanische Anwälte wollen das Geldinstitut jetzt verklagen.

An dem Morgen, bevor er sich in die Luft sprengt, trägt Bassam Takruri ein frischgebügeltes Hemd, darüber ein Sakko, seine Schuhe sind blankgeputzt. Um zehn Uhr verabschiedet sich der Student von seinem Vater, der ihm noch zehn Schekel Taschengeld zusteckt. Es ist ein wirklich schöner Mai-Samstag in Hebron.

Alles scheint wie immer, zumindest für den Rest der Familie. Bassam, 18, der Junge mit den ernstesten, dunklen Augen, ist ehrgeizig, er will Ingenieur werden. Er ist

mein bester Sohn, sagt der Vater über ihn. Die letzte Nacht seines Lebens verbringt Bassam fernab von seinem Elternhaus. Das machen viele Selbstmordattentäter so, damit sie nicht im letzten Moment noch ins Wanken kommen.

An dem Sonntagmorgen, den Bassam für seinen Anschlag ausgesucht hat, schnallt Steve Averbach in einem Vorort Jerusalems sein Pistolenhalfter um, ein Handgriff, der ihm mit den Jahren zur Gewohnheit geworden ist. Averbach ist Polizist. Es ist früh,

noch nicht einmal sechs Uhr. Seine beiden kleinen Söhne, Sean und Adam, und seine Frau Julie schlafen noch. An einer Bushaltestelle im Norden Jerusalems steigt er in den grünen Ziehharmonikabus mit der Nummer 6 ein. Gegen 5.45 Uhr erreicht er die Haltestelle „French Hill“.

Steve Averbach mustert jeden neuen Fahrgast. Acht Jahre lang hatte er in der Anti-Terror-Einheit der Jerusalemer Polizei gearbeitet, nun unterrichtet er Polizisten, Zivilisten und private Sicherheitsdienste in Waffenkunde. Seine Kollegen nennen ihn „Waffen-Steve“.

Als der Bus gerade wieder losfährt, kommt noch ein Mann herbeigelaufen. Der Busfahrer hält an, öffnet die Vordertür. Der Mann trägt einen schwarzen Anzug und eine Kippa, die Kopfbedeckung religiöser Juden. Für einen frommen Juden ist der Bart zu dünn. Averbach sieht die Ausbuchtung unter der Jacke, er steht schnell auf und geht auf den Fremden zu. Bassam, verkleidet als frommer Jude, ist schneller als Averbach, er zündet seinen Sprengstoffgürtel.

Bassam stirbt, Averbach überlebt schwer verletzt, gezeichnet fürs Leben.

Einige Wochen nach dem Anschlag klingelt bei den Eltern von Bassam Takruri das Telefon. Am anderen Ende der Leitung ist ein Vertreter der „Organisation der Märtyrerfamilien“ („Muassafat Usar al-Shuhada“). Er teilt Bassams Mutter mit, für die Familie sei Geld eingegangen. Der Mann fordert sie auf, ein Konto bei der Arab Bank zu eröffnen, um eine erste Summe auszahlen zu können.

Die Takruris wundern sich, aber tun, was man ihnen sagt. Kurz darauf geht Geld auf dem neuen Konto ein. Von nun an erhält Bassams Familie monatlich Beträge von 200 Dollar auf das Arab-Bank-Konto – über ein Jahr lang.

Die Arab Bank ist eine der größten und wichtigsten Banken im arabischen Raum. Die jordanische Privatbank arbeitet in 28 Ländern, 40 Prozent der Anteile sind noch immer im Besitz der Gründerfamilie Schuman. Das jordanische Königshaus verlieh Abd al-Hamid Schuman im vergangenen Jahr eine Medaille für seine Verdienste.

Dabei steht die Bank schon lange im Verdacht, Gelder zur Finanzierung des Terrors in die palästinensischen Autonomiegebiete zu lenken. Außerdem soll über Konten ihrer palästinensischen Niederlassungen eine Art Lebensversicherung ausbezahlt werden an Familien, deren Kinder sich in die Luft sprengen, um möglichst viele Israelis zu töten. So sollen auf Umwegen 20 000 saudische Rial – rund 4000 Euro – auf die Konten fließen, Blutgeld für den verlorenen Sohn, der zum Mörder geworden ist. Die Hinterbliebenen müssen sich mit einem Schriftstück, das den Tod ihres Kindes bescheinigt, bei einer der 15 Filialen der Arab Bank in den palästinensischen Gebieten melden. Dann folgen of-

fenbar monatliche Überweisungen, wie im Fall Takruri.

Vorausschauende Selbstmordattentäter können sich eine Liste aller notwendigen Dokumente besorgen, ehe sie zu „Märtyrern“ werden. Das sogenannte Martyr Kit gibt alle benötigten Bescheinigungen vor – vom Todeszertifikat der palästinensischen Autonomiebehörde bis zur Kontokarte bei der Arab Bank.

Der Anschlag, den der Student Bassam Takruri am 18. Mai 2003 ausführte, war einer der schwersten jener Tage. Mehrere Kilogramm Sprengstoff trug er um die Hüften. Die Wucht der Explosion war so groß, dass der Bus von der Straße katapultiert wurde. 7 Menschen riss Bassam in den Tod, 20 wurden verletzt.

Als die Polizisten zum Körper von Steve Averbach im Bus vorstießen, umklammer-

Deutschland vertritt er die Interessen der Nachfahren der Wertheim-Familie gegen den KarstadtQuelle-Konzern. „In unserer Klage werfen wir der Arab Bank vor, die Finanzierung extremistischer palästinensischer Gruppen zu unterstützen“, sagt Osen. „Unser Ziel besteht darin, es denen sehr viel schwerer zu machen, an das Geld heranzukommen.“

Seine Kanzlei hat 200 Mandate von Amerikanern, die bei Anschlägen in Israel Angehörige verloren. Eine zweite Kanzlei, die des US-Staranwalts Ron Motley, der auch die Sammelklage im Namen der Opferfamilien vom 11. September 2001 führt, vertritt weitere 700 Geschädigte. Die Anwälte sind optimistisch, den Geldfluss, der über Arab-Bank-Konten wohl hauptsächlich aus Saudi-Arabien nach Palästina gelenkt wird, reduzieren zu können.

Im Februar 2001, aber stützt die These der US-Anwälte. In einer Anzeige veröffentlichte das Komitee damals Namen von verwundeten und inhaftierten Palästinensern und einige Namen von Selbstmordattentätern. Deren Familien werden aufgefordert, sich zu Niederlassungen der Arab Bank an ihrem Wohnort zu begeben, um Spenden des Komitees entgegenzunehmen.

Im Februar 2002 erschien eine ähnliche Anzeige im Blatt „al-Hajat al-dschadida“. Wieder werden die Familien von „Märtyrern“ aufgefordert, zur Arab Bank zu gehen, um die „zehnte Zahlung, gespendet vom Saudi-Komitee, in Höhe von 5316 US-Dollar für jede Familie in Empfang zu nehmen“. Diesmal seien 300 Familien von den großzügigen Spendern bedacht worden, und zwar mit einer Gesamtsumme



Attentatopfer Averbach vor und nach dem Anschlag: „Die Opfer sind meine Kinder“

te dessen Zeigefinger den Abzug der Pistole. Er sagte ihnen noch, sie sollten vorsichtig sein, die Waffe sei scharf. Dann verlor er das Bewusstsein.

Fünf Wochen lang lag Averbach auf der Intensivstation. Glassplitter hatten seine Lunge durchsiebt, ein Kugellager hatte sich durch seine Nackenmuskeln gebohrt und war zwischen dem dritten und vierten Halswirbel steckengeblieben. Averbach kann sich seit dem Attentat vom Kinn abwärts nicht mehr bewegen.

Ein gutes Jahr nach dem Anschlag nahm er sich einen Anwalt, einen Amerikaner namens Gary Osen aus New Jersey. Der will nun die Arab Bank auf der Grundlage des Anti-Terrorismus-Gesetzes von 1996 wegen Unterstützung von Terrorfinanzierung verklagen.

Osen, 37, korrekter Haarschnitt, sonore Stimme und sehr besonnen, hat Erfahrung mit Prozessen um Schadensersatz. In

Laut Klageschrift wurde der Blutlohn oft in Saudi-Arabien gesammelt und dann über die New Yorker Filiale der Arab Bank in US-Dollar in den Gaza-Streifen oder ins Westjordanland transferiert. Sympathisanten sollen vor allem im „Saudischen Komitee zur Unterstützung der Jerusalem-Intifada“ zu finden sein, einer Wohltätigkeitsorganisation, deren Vorsitz Prinz Naif – hauptberuflich saudischer Innenminister – übernommen hat. „Dieses Komitee“, sagt Osen, „ist nichts anderes als eine Spendenorganisation zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands.“ Sprecher des Komitees in Riad weisen das weit von sich: Die Gruppe arbeite nur mit offiziellen Organisationen und den Ministerien in den Palästinensergebieten zusammen und unterstütze nicht Familien von Selbstmordattentätern.

Eine Seite in der palästinensischen Tageszeitung „al-Kuds“, erschienen im No-

von 1594980 US-Dollar, angewiesen und ausgezahlt von der Arab Bank in den besetzten Gebieten.

Vertreter des Geldhauses bestreiten, dass die Bank wissentlich an derlei Transaktionen beteiligt sei. „Unsere Bank hat mit Terrorfinanzierung nichts zu tun“, sagt Bob Chlopak, Sprecher der Arab Bank in den USA. „Aber eine Bank ist auch keine Strafverfolgungsbehörde. Sie kann nicht jeden einzelnen ihrer Kunden googeln, bevor sie eine Überweisung ausführt. Und keine Bank ist perfekt.“

Wohl auch die Arab Bank nicht, denn im Februar 2005 wurde deren New Yorker Niederlassung an der Madison Avenue von der US-Bankenaufsichtsbehörde weitgehend stillgelegt. Die internen Kontrollen der Geldtransfers seien nicht ausreichend, bemängelte die Behörde. Eine Unterabteilung des amerikanischen Finanzministeriums verdonnerte die Bank zusätzlich zu

einer Geldstrafe von 24 Millionen US-Dollar. Seither darf sie keine Dollar-Geschäfte mehr ausführen und keine internationalen Überweisungen mehr tätigen.

Bei Durchsuchungen im Westjordanland hatte die israelische Armee schon vor Jahren Dokumente sichergestellt, die belegen sollen, dass die Bank von saudi-arabischen Organisationen gezielt zur Terrorfinanzierung benutzt wurde. Demnach soll sie auch Gelder an die Hamas und an die Organisation Palästinensischer Islamischer Dschihad transferiert haben. Konfiszierte Arab-Bank-Unterlagen aus dem Jahr 2003 legen Transfers über die New Yorker Filiale der Bank an eine mit der Hamas sympathisierende Wohlfahrtsorganisation („Tulkarm Charitable Society“) nahe.

Der Überlebende Steve Averbach, 40, wohnt heute in den Ganei Tikwa, den „Gärten der Hoffnung“ in Tel Aviv, einer ruhigen Straße in einem ruhigen Vorort. Vor dem Haus Nummer 32 steht ein silberner Van, auf dem Heckfenster klebt ein blaues Rollstuhlschild. Averbach muss 24 Stunden betreut werden, er kann nicht allein telefonieren, nicht allein essen. Er kann sprechen, mit dem Kopf nicken, lachen und weinen. Wenn er weint, muss ihm sein Pfleger die Tränen abwischen. Jeden Tag schluckt er 40 verschiedene Pillen, sein Körper hängt schlaff im Rollstuhl.

„Das Terroropfer bin nicht ich“, sagt Averbach und schaut hinüber zu seiner Frau Julie. „Die Opfer sind meine Frau und meine Kinder.“ Julie hat ihre Arbeit als Buchhalterin aufgegeben. Zurzeit haben die Averbachs nur Steves schmale Polizistenrente. Hat er mit seiner Klage gegen die Arab Bank Erfolg, dürften ihm vielleicht sogar einige Millionen Dollar zustehen – in drei bis vier Jahren.

Der Vater des Attentäters lebt in Ras al-Dschura, einem Stadtteil von Hebron. Jamal Takruri sitzt auf seinem gelben Sofa, ein kleiner Mann mit freundlichen Lachfalten. Hinter ihm ein Foto, darauf sein Sohn Bassam – die Ähnlichkeit ist unverkennbar: die großen Augen, die hohe Stirn, die buschigen Augenbrauen. Seit ihr Sohn sich in die Luft sprengte, wohnt die Familie in einer kleinen Wohnung. Israelische Bulldozer machten ihr Einfamilienhaus wenige Wochen nach dem Anschlag dem Erdboden gleich. Die Wohnung, in der die Takruris jetzt leben, gehört der „Organisation der Märtyrerfamilien“ – also genau jener Vereinigung, von der auch die wundersamen Zahlungen ausgingen.

Bassams Vater hat sich nie gefragt, ob er die Überweisungen auf sein Arab-Bank-Konto annehmen sollte oder nicht. „Wir konnten das Geld gut gebrauchen“, sagt er und zündet sich eine 100er „Montana“ an. „Wir hatten doch plötzlich kein Zuhause mehr.“

ANSGAR MERTIN, BRITTA SANDBERG,
CHRISTOPH SCHULT



Proteste in Moskau (im Dezember), Besucherin Merkel, Präsident Putin (in Sotschi): „Es gibt

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die finstere Energie unseres Landes“

Der Schriftsteller Wladimir Sorokin über Meinungsfreiheit in Russland, Opposition gegen Putin und die Gleichgültigkeit des Westens

SPIEGEL: Herr Sorokin, in Ihrem neuen Buch „Der Tag des Opritschniks“ schildern Sie ein autoritäres, von einer Clique Geheimpolizisten regiertes Russland. Die Handlung spielt in der Zukunft, aber diese Zukunft gleicht der Vergangenheit unter Iwan dem Schrecklichen. Meinen Sie in Wirklichkeit nicht vielmehr das gegenwärtige Russland?

Sorokin: Natürlich ist das ein Buch über die Gegenwart. Sie ist leider nur noch mit den Mitteln der Satire zu beschreiben. Wir leben immer noch in einem Staat, der von Iwan dem Schrecklichen errichtet worden ist.

SPIEGEL: Der hat im 16. Jahrhundert regiert. Nach dem Zarenreich kam die Sowjetunion, dann mit Jelzin und Putin die Demokratie. Ist der Bruch mit der Vergangenheit noch immer nicht vollzogen?

Sorokin: An der Spaltung zwischen Volk und Staat hat sich nichts geändert. Der Staat verlangt vom Volk eine sakrale Opferbereitschaft.

SPIEGEL: Der Alleinherrscher in Ihrem Buch trägt Züge von Präsident Wladimir Putin ...

Sorokin: ... das war nicht meine Absicht. Eine Putin-Satire zu entwerfen wäre nicht spannend. Ich bin kein Journalist, ich bin Künstler. Und ein Roman ist keine Doku-

mentation. Ich suche in meinem Buch eine Antwort auf die Frage, was Russland von wirklichen Demokratien unterscheidet.

SPIEGEL: Welche Erklärung haben Sie gefunden?

Sorokin: Ein Deutscher, ein Franzose und ein Engländer können von sich behaupten: „Der Staat, das bin ich.“ Das kann ich nicht sagen. Das können in Russland nur die Leute im Kreml. Alle anderen Bürger sind nicht mehr als Menschenmaterial, mit dem man alles Denkbare treiben darf.

SPIEGEL: „Opritschnik“ bedeutet im Altrussischen „ein Besonderer“. Halten Sie die Kluft zwischen oben und unten im heutigen Russland für unüberwindbar?

Sorokin: Es gibt bei uns besondere Menschen, die alles dürfen. Sie sind die Opferpriester der Macht. Wer nicht dazugehört, hat gegenüber dem Staat nichts zu melden. Man kann noch so reich sein – wie der Magnat Michail Chodorkowski es war – und dennoch im Nu alles verlieren und im Gefängnis enden. Der Fall Chodorkowski ist typisch für die „Opritschnina“, das Unterdrückungssystem, das ich beschreibe.

SPIEGEL: Kommt jemand wie Chodorkowski auch in Ihrem Buch vor?

Sorokin: An eine solche Parallele habe ich nicht gedacht. Allerdings beginnt mein